

XXII. GP.-NR

2606 /J

04. Feb. 2005

DRINGLICHE ANFRAGE

(gem. § 93 Abs. 1 GOG)

der Abgeordneten Dr.Gusenbauer

und GenossInnen

an den Bundeskanzler

betreffend die umfassende Gefährdung der Sicherheit in Österreich durch eine chaotische Regierungspolitik

Heute vor fünf Jahren wurde die erste schwarz-blaue Regierung angelobt. Charakteristisch für diese Regierung war und ist eine Politik, die die falschen Maßnahmen setzt – in der Wirtschaftspolitik ebenso wie in der Sozialpolitik, der Gesundheitspolitik, der Bildungspolitik oder der Sicherheitspolitik, um nur die wichtigsten zu nennen. Ebenfalls charakteristisch für diese Regierung ist aber auch ihre innere Zerrissenheit, Uneinigkeit sowie ein Zick-Zack-Kurs in für Österreicherinnen und Österreicher zentralen Fragen. Eine Zerstrittenheit, an der bereits die erste Auflage von Schwarz-Blau zerbrach.

Jüngstes Beispiel für diesen koalitionsinternen Streit ist die interne Auseinandersetzung zwischen den Regierungsparteien über die künftige Sicherheitspolitik Österreichs. Eine Zerstrittenheit, die in Vorwürfen wie „Koalitionsbruch“, „Machtrausch“ und „Demütigung“ gipfelte. Nun sieht sich die Regierung offensichtlich gezwungen einen koalitionsinternen Sicherheits- bzw. Krisengipfel einzuberufen, um einer drohenden Eskalation in dieser Frage zu begegnen. Ein weiterer Beweis dafür, dass Wolfgang Schüssel, als Bundeskanzler zumindest theoretisch Koordinationsstelle der Regierung, die Fäden offensichtlich völlig entglitten sind. Er flüchtet einmal mehr in – in diesem Fall nicht einmal mehr

beredtes, sondern vielmehr lustloses - Schweigen. Durch dieses dilettantische Vorgehen wird die Umsetzung der Vorschläge der Bundesheer-Reformkommission, damit die Modernisierung und Weiterentwicklung des österreichischen Bundesheeres und letztlich die Zukunft der Landesverteidigung aufs Spiel gesetzt.

Unfreiwillig komisch wirkt in diesem Zusammenhang, wenn die ÖVP im Vorfeld der heutigen Sondersitzung davon spricht, dass diese Regierung umfassende Sicherheit in allen Lebensbereichen gewährleiste und Österreich auf die Überholspur gebracht habe. In Wahrheit hat es diese Regierung in allen Lebensbereichen „geschafft“, für mehr Unsicherheit zu sorgen. Beinahe zeitgleich mit den ÖVP-Behauptungen vermeldete die Austria Presseagentur die höchste Zahl arbeitsloser Menschen in der 2. Republik – mehr als 364.000. Die Tatenlosigkeit der Regierung angesichts ständig steigender Arbeitslosenzahlen, das Chaos in der Gesundheitspolitik, die massiven Pensionskürzungen durch angebliche Reformen, die Konzeptlosigkeit und die Reformblockade in der Bildungspolitik und die Zerstrittenheit in der Sicherheitspolitik sind wenig taugliche Mittel, der österreichischen Bevölkerung Sicherheit zu geben. Ausschließlich mit sich selbst beschäftigt fehlt dieser Regierung Wille, Kraft und Energie, sich mit den drängenden Problemen Österreichs zu befassen.

Auf der „Überholspur“ befindet sich Österreich nach fünf Jahren Schwarz-Blau allerdings tatsächlich: Bei der Arbeitslosigkeit, beim Anstieg der Schulden und des Budgetdefizites und beim Anstieg der Inflationsrate. Bei den positiven Indikatoren – sei es die Steigerung der Realeinkommen, das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes oder die Entwicklung der öffentlichen Investitionen – wo sich Österreich bis Ende der 90er Jahre tatsächlich auf der Überholspur befand - wurde auf die Kriechspur gewechselt.

Insgesamt ist die Bilanz der Schüssel-Regierung daher nach fünf Jahren eine Bilanz des Versagens:

Chaotische Verteidigungspolitik

Eine neue Qualität der Koalitionskrise wurde mit der einseitigen ÖVP-Festlegung, den Wehrdienst auf sechs Monate zu verkürzen, erreicht.

FPÖ-Generalsekretär Scheuch warf der ÖVP „Koalitionsbruch und Machtrausch“ vor. Der Kärntner Landeshauptmann sprach davon, dass Wolfgang Schüssel alles tun würde, um seinen Partner, die FPÖ, zu demütigen.

Durch die FPÖ wurde ein Stopp für die Bundesheer-Reform ausgerufen und darauf hingewiesen, dass alles für ein „Revanche-Foul von gleicher Qualität“ vorbereitet werde.

Die Grundlage einer verantwortungsvollen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sollten Glaubwürdigkeit, Vertrauen und Kompetenz sein. Diese Basis fehlt der Regierung Schüssel zur Gänze. Der dramatische Koalitionszwist gefährdet die dringend notwendige Reform des österreichischen Bundesheeres und damit die Sicherheit der Österreicherinnen und Österreicher.

Das einzige gemeinsame verteidigungspolitische Projekt der Regierung Schüssel ist daher die Beschaffung der unnötigen und sündteuren „Eurofighter“.

Die SPÖ, die schon im Jahr 2003 ein neues Wehrdienstmodell präsentiert hat, begrüßt das späte Einlenken der ÖVP auf die SPÖ-Linie, die

Wehrdienstdauer zu verkürzen, und verlangt aber darüber hinaus deren klare gesetzliche Verankerung.

Völliges Versagen in der Sicherheitspolitik

Österreich war bis zum Jahr 2000 eines der sichersten Länder Europas, die Kriminalitätsraten waren gering, die Aufklärungsquoten hoch, die Exekutivbeamtinnen und -beamten motiviert, die Österreicherinnen und Österreicher fühlten sich in ihrem eigenen Land sicher.

Nur fünf Jahre später ist die jährliche Kriminalitätsrate von deutlich unter 500.000 angezeigten Delikten im Jahr 1999 auf 643.648 Delikte im Jahr 2004 angestiegen. Das ist eine Steigerung um mehr als 30 Prozent.

Einerseits war dafür die Kaputtsparpolitik im Bereich der inneren Sicherheit mit der Schließung von Gendarmerieposten und Wachzimmern verantwortlich, andererseits wurden aus rein parteipolitisch motivierter Willkür heraus erfolgreiche und angesehene Sicherheitsbeamte von ihren Posten vertrieben, versetzt oder in Pension geschickt. Dies nur um FPÖ-, aber insbesondere ÖVP-Parteigänger mit Posten zu versorgen.

Die Zerschlagung funktionierender Strukturen und Einrichtungen führte dazu, dass neben dem alarmierenden Anstieg der Kriminalitätsrate die Aufklärungsquote seit der Übernahme der Regierungsverantwortung von Bundeskanzler Schüssel von im internationalen Vergleich hervorragenden 51,4 Prozent auf beschämende 38,1 Prozent abgesunken ist. Kombiniert man beide durch das Innenministerium erhobene Datensätze, wird die Bilanz der Regierung Schüssel im Bereich der inneren Sicherheit noch desaströser: Die Zahl der nicht aufgeklärten strafbaren Handlungen ist seit 1999 mit 239.718 Fällen auf 398.418 Fälle gestiegen. Dies entspricht einer Steigerung um zwei Drittel!

Es kann daher nicht mehr nur von einer Schwäche dieser Regierung im Bereich der inneren Sicherheit und des Grundbedürfnisses der Österreicherinnen und Österreicher auf ein sicheres und vor Kriminalität geschütztes Leben ausgegangen werden, es muss vielmehr von einem völligen Versagen gesprochen werden.

Als ob die Situation der inneren Sicherheit in Österreich nicht schon besorgniserregend genug wäre, hat der ausgeschiedene BM Strasser der Exekutive noch ein „Abschiedsgeschenk“ mitgegeben: Durch die Zusammenlegung von Gendarmerie und Polizei zu einem neuen Wachkörper verlieren alle Führungskräfte, die zu einem großen Anteil ihre Funktion schon seit Jahren erfolgreich und tadellos ausüben, ihren Posten. Alle müssen sich neu bewerben. Bundesweit sollen es laut Angaben des Innenministeriums 5.300 Funktionen sein, die unter diese Neuausschreibung fallen. Die Folge ist, dass um eben diese Funktionen in tausenden Ausschreibungsverfahren gerangelt wird, die Exekutive mit sich selbst beschäftigt ist und für ihre eigentliche Aufgabe, für die Sicherheit der Österreicherinnen und Österreicher zu sorgen, keine Zeit übrig hat.

Es ist daher damit zu rechnen, dass diese desaströse Bilanz in dem so wichtigen politischen Bereich innere Sicherheit sich 2005 fortschreibt bzw. noch dramatischer entwickelt.

Zick-Zack-Kurs und Konzeptlosigkeit in der Wirtschaftspolitik

Unsicherheit und wenig Verlässlichkeit bringt auch die von Bundeskanzler Schüssel, Finanzminister Grassler und Wirtschaftsminister Bartenstein zu verantwortende Wirtschafts-, Budget- und Finanzpolitik. Diese Politik ist geprägt von einem Zick-Zack-Kurs der Bundesregierung und regelmäßigen veritablen Umfallern des Finanzministers.

Jüngstes Beispiel: Die Besteuerung von Trinkgeld. Zuerst wird eine verschärfte Besteuerung von der Regierung angekündigt, und werden entsprechende Gesetzesentwürfe ausgearbeitet, um die Besteuerung dann - nach heftigen Protesten von Betroffenen und der Opposition - ganz abzuschaffen.

Weitere Beispiele:

- o Das Nulldefizit und „keine neuen Schulden“ wurden zum alleinigen Ziel der Budget- und Finanzpolitik erhoben, um nur vier Jahre später Rekordschuldenstände und neue Rekorddefizite zu verzeichnen.
- o Von der SPÖ geforderte Maßnahmen zur Konjunkturbelebung wurden zunächst zwei Jahre lang abgelehnt, um dann halbherzig und zu spät doch noch von der ÖVP-FPÖ-Regierung gesetzt zu werden.
- o Eine Steuersenkung wurde im Jahr 2001 von Schüssel und Grassler für die „Zeit der Ernte“ im Jahr 2003 versprochen, dann im Jahr 2002 selbst um den Preis von Neuwahlen verschoben.
- o Eine Steueramnestie für Steuerhinterzieher in großem Stil wurde im Rahmen der Steuerreform 2005 angekündigt, dann verschämt abgesagt.
- o Im Rahmen des Budgetbegleitgesetzes 2005 sollten Großbeschaffungen des Bundes, selbst in Größenordnungen des Ankaufs von Eurofightern, am Gesetzgeber vorbei durch schlichte Vorbelastung künftiger Budgets durch den Finanzminister ermöglicht werden. Nach Protesten der SPÖ wird auch dieses demokratiepolitisch bedenkliche Vorhaben der Bundesregierung wieder abgesagt.
- o Die VA-Tech wurde zunächst an Kovats verkauft. Nachdem dieser an Siemens weiterverkauft, soll der Rest der ÖIAG-Anteile ebenfalls an Siemens gehen. Das wird zunächst nach einigem Druck von außen von der Regierung selbst vereitelt, um dann ein paar Tage später dennoch stattzufinden.

- o Die Post sollte zunächst zur Gänze an die Deutsche Post verkauft werden, nunmehr soll aber ein Börsegang die optimale Lösung sein.
- o Die Telekom sollte zunächst zur Gänze an die Swisskom verkauft werden, es folgte nach einem Kommunikationsdebakel von Schüssel und Grasser ein Anteilsverkauf an der Börse, unklar ist bis heute, was mit dem Rest der rund 25% ÖIAG-Anteile an der Telekom geschehen soll.
- o Der SPÖ-Vorschlag zur Gründung einer Infrastrukturholding des Bundes wurde jahrelang abgelehnt, um nun vor einigen Tagen als Grasser-Vorschlag auf den Tisch zu kommen. Dabei ist das weitere Schicksal dieses Vorschlags angesichts der jüngsten Äußerungen anderer Regierungsmitglieder mehr als ungewiss.
- o Die österreichische Stromliberalisierung sollte Strom- und Energiepreissenkungen bringen, am Ende stehen für die Konsumenten allerdings erhebliche Teuerungen.
- o Die Versorgungssicherheit und Verbesserung der Infrastruktur im Bereich der Stromversorgung wurde seit Jahren versprochen. Bis heute konnte Bartenstein gemeinsam mit den betroffenen Bundesländern keine Lösung finden.
- o Die Versorgungssicherheit mit flächendeckenden Postdienstleistungen wurde versprochen, am Ende steht die Schließung von weiteren 350 Postämtern.

Das Ergebnis dieser Plan- und Ziellosigkeit, der Unsicherheit, der mangelnden Berechenbarkeit und Verlässlichkeit der österreichischen Wirtschafts- und Finanzpolitik in den letzten fünf Jahren ist an den wichtigsten wirtschaftlichen Kennzahlen Österreichs abzulesen. Die Entwicklung von Wachstum, Beschäftigung und Staatsfinanzen ist besorgniserregend:

50.000 Arbeitslose im Jahr 2004 mehr als im Jahr 2000. Österreichs Wirtschaft wächst seit dem Jahr 2000 nur unter dem EU-Schnitt, 2001 lag

Österreich am 14. Platz, 2002 und 2003 am 9. Platz, 2004 am 12. Platz - nach dem überdurchschnittlich guten 6. Platz im EU-15-Vergleich in den Jahren 1990 bis 2000. Österreich ist EU-Schlusslicht bei den öffentlichen Investitionen. Die Realeinkommen stagnieren seit 2000. Seit 1999 stiegen die Schulden des Bundes um mehr als 18 Milliarden Euro oder um mehr als 15 Prozent. Das Defizit des Bundes steigt von 1,6 Prozent des BIP im Jahr 2000 auf 2,3 Prozent des BIP im Jahr 2005. Und das, obwohl die öffentlichen Abgaben des Bundes, insbesondere die Lohnsteuereinnahmen stark gestiegen sind.

Höchste Arbeitslosenzahl in der zweiten Republik

Am österreichischen Arbeitsmarkt ist weiterhin keine Entspannung in Sicht. Im Gegenteil: Die Zahl der Arbeitslosen ist im Jänner 2005 weiter gestiegen. Mit 316.017 Arbeitslosen wurde bei den absoluten Zahlen der höchste Wert der Zweiten Republik registriert. Im Jahresvergleich stieg die Arbeitslosigkeit im Jänner um 1,1 Prozent oder um 3.569 Betroffene, gegenüber Dezember nahm die Zahl der Arbeitssuchenden um 17.868 Personen oder um 6,0 Prozent zu. Dazu kommen 48.065 Personen in Schulungen, das sind um 8.730 bzw. 22,2 Prozent mehr als im Vorjahr.

Insgesamt suchen somit 364.082 Personen in Österreich Arbeit!

Im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit ist die Situation dramatisch: Im Jänner 2000 waren 39.257 Jugendliche ohne Job, im Jänner 2005 waren es um 9.583 oder 24,5 Prozent (!) mehr (ohne Personen in Schulungen).

Auch die Frauenarbeitslosigkeit steigt bedrohlich an. Die aktuellen Arbeitsmarktdaten bestätigen den Trend, der sich bereits in den letzten Monaten abgezeichnet hat: Frauen zählen zu den ganz großen Verliererinnen der Schüssel-Regierung. Die Frauenarbeitslosigkeit stieg in

den letzten 5 Jahren um fast 17.000. Besonders dramatisch war der Anstieg im Jahr 2004. Im Jahresdurchschnitt stieg die Frauenarbeitslosigkeit achtmal so stark wie die Männerarbeitslosigkeit.

Diese Daten bestätigen die jahrelange Kritik der SPÖ an der Regierungspolitik sowie die dringlichen Ermahnungen der EU-Kommission. Wachsende Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen, mangelnder Ausbau an Kinderbetreuungsplätzen sowie eine allgemeine Untätigkeit der österreichischen Regierung bei den EU-Bemühungen, die Frauenbeschäftigungsquote zu erhöhen, wurden schon mehrmals von der EU-Kommission kritisiert. Bereits jetzt weist Österreich die höchsten Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen auf; vom Lissabon-Ziel, dass 33 Prozent der Kinder unter drei Jahren bis 2010 außerhalb der Familie betreut werden können, um eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erreichen, ist Österreich Lichtjahre entfernt. Und von der OECD wird das schwarz-blaue Kindergeld-Modell aufgrund des mangelhaften Kündigungsschutzes als beschäftigungsfeindlich eingestuft. Die Politik der Schüssel-Regierung führt dazu, dass Frauen vom Arbeitsmarkt verdrängt werden.

Chaotische Pensionspolitik

Die Pensionspolitik der Schüssel-Regierung ist durch klare Klientelpolitik gekennzeichnet.

Vor allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben die Zeche zu bezahlen. Durch die Änderungen im Pensionsrecht im Jahr 2000 mussten sie Verluste von bis zu 10,5 Prozent durch die überfallsartige Anhebung des Frühpensionsalters um 18 Monate und höhere Abschläge hinnehmen.

Das nächste Kürzungsgesetz ließ nicht lange auf sich warten. Durch die Pensionsreform 2003 wurde die lebenslange Durchrechnung eingeführt.

Diese führt durch unzureichende Anrechnung früherer Beitragsjahre zu massiven Verlusten. Außerdem musste der Entfall der ersten Pensionsanpassung nach dem Pensionsantritt hingenommen werden, was zu einem weiteren lebenslangen Verlust von rund 2 Prozent führt.

Schließlich kam das Pensionsharmonisierungsgesetz 2004. Dieses brachte eine Scheinharmonisierung der verschiedenen Systeme nur für unter 50-Jährige. Sonderregelungen für Politiker, Beamte, Selbstständige und Bauern wurden einzementiert bzw. für Jahrzehnte fortgeschrieben. Verluste der Pensionskürzungsreform 2003 wurden durch neue Abschläge, die nicht vom Verlust-Deckel erfasst sind, auf 20 Prozent und mehr aufgedoppelt.

Jungen Menschen drohen Verluste bis zu 35 Prozent. Und die sooft versprochene Schwerarbeiterregelung ist immer noch ausständig!

Dazu kommt, dass seit dem Antritt der Schüssel-Regierung bestehende Pensionen fünf mal unter der Inflationsrate (des Vorjahres) angepasst worden sind. Dies bedeutet, dass die Einkommen der älteren ÖsterreicherInnen Jahr für Jahr real gekürzt wurden.

Chaos in der Gesundheitspolitik

Schon seit Februar 2000 versucht die ÖVP/FPÖ - Regierung das österreichische Gesundheitswesen nachhaltig zu verändern. In besonderer Erinnerung ist das Chaos sowohl um die vom Verfassungsgerichtshof aufgehobene Ambulanzgebühr, als auch die verfassungswidrige Besteuerung der Unfallrenten.

Im März 2003 schrieben ÖVP und FPÖ in ihr Regierungsprogramm: „Große Fortschritte bei der e – Card“.

Bis heute konnte im Bereich der e - Card nur ein nicht repräsentativer Probetrieb umgesetzt werden. Die endlose Geschichte der Gesundheits-Chip-Karte ist ein einziges Chaos. Jahrelanges Hin und Her mit bereits erfolgter Ausschreibung, Auftragsvergabe und Entzug des Auftrages. Einzig die fragwürdige e - Cardgebühr wurde von ÖVP und FPÖ bereits im November 2001 beschlossen.

Am 10. Oktober 2003 wurde die Hauptverbandsreform vom Verfassungsgerichtshof praktisch komplett aufgehoben. Der Verwaltungsrat, die Geschäftsführung und der Ausschluss von Funktionären waren verfassungswidrig.

Die nunmehrige Veränderung des Hauptverbandes bedeutet, dass die Vertreter der 250.000 Dienstgeber einseitig per Verordnung über die Selbstbehalte von rund 5.000.000 ASVG-Versicherten bestimmen können. Diese Regelung ist in höchstem Maße unfair und demokratiepolitisch bedenklich.

Im Jahr 2004 wurde unter anderem die „Schlüssel-Gesundheitsreform“ durchgezogen. Das bedeutet weitere Selbstbehalte bei Spitalsaufenthalten, massive Belastungen beim Kauf von Brillen, Erhöhung des Krankenversicherungsbeitrages und Chaos in den Arztpraxen.

Heute ist klar, dass das Defizit der Kassen explodieren wird. Für die Jahre 2004 - 2006 wird ein kumulierter Abgang von 1.3 Milliarden Euro erwartet.

Und das, obwohl die Beiträge von Angestellten und Pensionisten erhöht und die Freizeitversicherungssteuer für alle eingeführt wurde.

Es wurde keine einzige positive Strukturmaßnahme im Gesundheitsbereich umgesetzt. Im Gegenteil, es herrscht völlige Irritation im

Gesundheitswesen.

Chaotische Bildungspolitik

Auch in der Bildungspolitik herrscht seit Antritt der ÖVP/FPÖ - Bundesregierung das Chaos:

Die Schulen wurden finanziell ausgehöhlt, es gibt weniger LehrerInnen und weniger Unterrichtsangebote durch Stundenkürzungen für die SchülerInnen, die Eltern müssen immer mehr Geld für teure, private Nachhilfestunden aufwenden.

Die zahlreichen massiven Proteste von SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen, die auf diese Mängel aufmerksam machten, wurden einfach ignoriert und keinerlei bildungspolitische Initiativen ergriffen.

Mit dem Vorliegen der jüngsten PISA-Studie, die der österreichischen Bildungspolitik im internationalen Vergleich ein außerordentlich schlechtes Zeugnis ausstellt, wurde die Bildungsmisere offensichtlich. Statt ein umfassendes Reformkonzept zur Lösung der Probleme vorzulegen, fuhr die Bundesregierung einen Zick-Zack-Kurs, verstrickte sich in total widersprüchliche Aussagen, wie etwa zur Frage der Ganztagschule, der gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen oder zur kompletten Abschaffung der 2/3-Mehrheit für alle Schulgesetze.

Eine klare Linie der Bundesregierung ist nicht erkennbar.

Für die StudentInnen wurden Studiengebühren eingeführt und die Universitäten in die Autonomie, ohne ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung, entlassen.

Die schwarz-blaue Koalition setzt mit ihrer chaotischen Bildungspolitik die Zukunft der jungen Menschen aufs Spiel, die Chancengerechtigkeit bleibt auf der Strecke.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundeskanzler nachstehende

Anfrage:

1. Gemäß dem Wehrgesetz trägt die Bundesregierung in grundsätzlichen militärischen Angelegenheiten die Gesamtverantwortung. Wann werden Sie dem Nationalrat die Gesamtreform des Österreichischen Bundesheeres vorlegen und welche Schwerpunkte wird diese Reform beinhalten?
2. Von welchen Gesamtkosten geht die Bundesregierung nach heutigem Stand für die Beschaffung und Finanzierung der Eurofighter, die damit verbundenen Umbauten der Infrastruktur und Betriebskosten samt den Kosten für die notwendig gewordene Zwischenlösung bis 2017 aus?
3. Die Kriminalitätsrate ist in den letzten 5 Jahren um mehr als 30 Prozent gestiegen. Gleichzeitig ist die Aufklärungsquote im selben Zeitraum von im internationalen Vergleich hervorragenden 51,4 Prozent auf beschämende 38,1 Prozent abgesunken. Warum hat die Bundesregierung in den letzten 5 Jahren nichts unternommen, um diesen desaströsen Trend in der österreichischen Sicherheitspolitik zu stoppen?
4. Warum hat die Bundesregierung mit ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht verhindert, dass die Zahl der Arbeitslosen in

Österreich um 50.000 in den letzten 4 Jahren gestiegen ist, die Schulden des Bundes um 15 Prozent seit 2000 gestiegen sind, die Defizite des Bundeshaushalts seit 2001 enorm steigen, Österreich bei den Investitionen Schlusslicht in Europa ist, die Realeinkommen stagnieren und Österreich beim Wirtschaftswachstum weit hinter den EU-Durchschnitt zurückgefallen ist?

5. Im EU Durchschnitt (EU-15) werden 0,18 Prozent des BIP pro Prozentpunkt der Arbeitslosenrate für aktive Arbeitsmarktpolitik aufgewendet. In Österreich beträgt der Aufwand 0,15 Prozent. Warum hat die Bundesregierung in den letzten 5 Jahren bei den Aufwendungen für aktive Arbeitsmarktpolitik nicht zumindest das EU-Niveau vorgesehen?

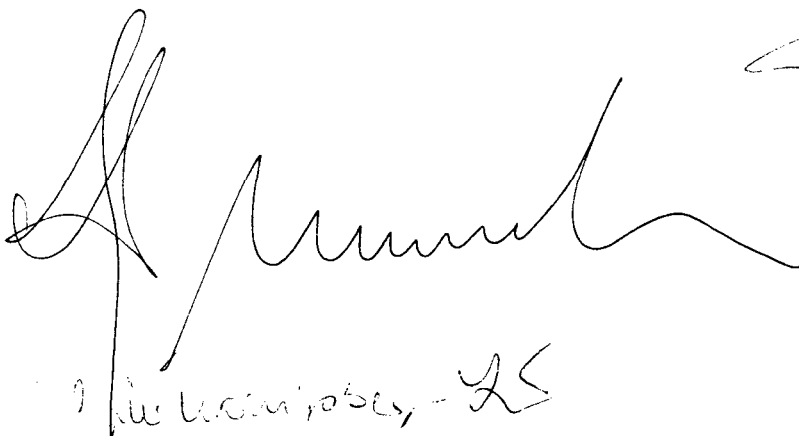
6. Seit vier Jahren werden die Einkommen der PensionistInnen real abgewertet. Die Arbeiterkammer hat errechnet, dass dadurch in 20 Jahren die bestehenden Pensionen 48,6 Prozent ihres Wertes verlieren, also halbiert werden!
Warum hat die Bundesregierung in den vergangenen fünf Jahren der älteren Generation nicht einmal die Abgeltung der Teuerung zukommen lassen und werden Sie eine Wertsicherung aller Pensionen zumindest ab dem Jahr 2006 sicherstellen?

7. Insgesamt fallen derzeit 1,044.000 Personen in Österreich unter die Armutsgefährdungsschwelle von 60 Prozent des Medianeinkommens. Das sind 13,2 Prozent der Gesamtbevölkerung. Ihr verfügbares Einkommen liegt im Durchschnitt um fast ein Fünftel unter der Armutsgefährdungsschwelle.
Wird die Bundesregierung auf Grund dieser alarmierenden Zahlen endlich Maßnahmen ergreifen, um die Armutsgefährdung in

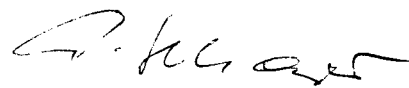
Österreich zurückzudrängen und welche werden dies sein?

8. Ist die Bundesregierung bereit, einen sofortigen Stopp für zusätzliche Selbstbehalte im Gesundheitswesen zu verfügen und eine sozial gerechte Neuordnung der Selbstbehalte vorzunehmen?
9. Die PISA-Studie hat der österreichischen Bildungspolitik ein schlechtes Zeugnis ausgestellt.
Warum hat die Bundesregierung kein umfassendes Schulreformkonzept vorgelegt? Wird die Bundesregierung dem Nationalrat eine Regierungsvorlage übermitteln, mit welcher auf die 2/3-Mehrheit für alle Schulgesetze verzichtet wird, wie es die SPÖ vorgeschlagen hat?
10. An den Universitäten herrschen katastrophale Zustände.
Warum ist die Bundesregierung nicht bereit, den Universitäten die dringendst notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen?

In formeller Hinsicht wird gemäß § 93 Abs. 1 GOG verlangt, diese Anfrage dringlich zu behandeln.



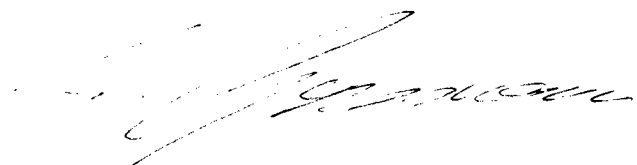
Michaela Schöberl, - 25



G. Kraus



Hans-Joachim Lauthner



Michaela Schöberl